

Absolution? Israel und die deutsche Staatsräson

Zum Autor und der Entstehung des Buches:

Daniel Marwecki, geb. 1987 in Israel, lehrt Internationale Beziehungen an der University of Hong Kong. Er hat 2018 an der SOAS University of London promoviert. Sein Buch »Germany and Israel: Whitewashing and Statebuilding« erschien 2018 bei Hurst Publishers. 2024 erschien die von Marwecki selbst durchgeführte Übersetzung, ergänzt durch Überlegungen „nach dem 7. Oktober 2023“ vom November 2023. Aufmerksam wurde ich auf das Buch durch ein Interview in der taz vom 25. Mai 2024, das mich sehr für den Autor eingenommen hat.

Zwischen meiner Theorie von der „ritualisierten Holocaustpädagogik“, die ich am 23.10.2022 im LiFo vorgetragen haben, und der Auffassung von Marwecki gibt es zahlreiche Übereinstimmungen. So spricht auch Marwecki: „Deutsche Politiker pflegen das Verhältnis zu Israel in der Form eines gemeinsamen Rituals“ (S. 11). Als eines von vielen Beispielen nennt er Äußerungen wie die von Göring-Eckardt: „Das Existenzrecht Israel ist unser eigenes“ (S. 12).

Das Material, das Marwecki verwendet und auswertet, stammt u.a. „aus dem Archiv des Auswärtigen Amtes, wobei ein Fokus auf Akten gelegt worden ist, die besonderer Geheimhaltungspflicht unterlagen und teils extra für diese Recherche freigegeben worden sind“ (S. 16). Daneben werden Bundestagsprotokolle, Reden, Zeitungsartikel, Interviews ausgewertet.

Das deutsch-israelische Verhältnis wird von Marwecki in drei Abschnitte eingeteilt:

- 1. Rehabilitation, Wiedergutmachung: Nachkriegszeit (1952) bis 1965**
- 2. Normalisierung: 1965 bis Wende 1990**
- 3. Staatsräson: seit 1990**

Wichtige Daten:

1952 Das Luxemburger Abkommen
1965 Aufnahme Diplomatischer Beziehungen
1967 Sechstagekrieg, „Wachablösung“ Deutschland/USA
1973 Yom-Kippurkrieg und Ölkrise
1990 Deutsche Wende, Ende der DDR
2005 Staatsräson
2023 Gazakrieg

Teil 1. Das Luxemburger Abkommen 1952

1.1 Die deutsche Seite: Wiedergutmachung 1952 - 1965

Das Abkommen nannten die Deutschen „Entschädigungsabkommen“ und sprachen von „Wiedergutmachung“. In Israel bezeichnete man das Abkommen als „Shilumin“, was so viel wie „Strafzahlung“, Rückgabe von gestohlenem Eigentum heißt. Was dies nicht bedeutet ist „vergeben, vergessen und verzeihen“ (S. 20, zitiert nach Segev 1993, 196). Deutschland verpflichtete sich, 3,45 Milliarden DM an Israel zu zahlen, 2/3 in Form von Waren, d.h. Investitionsgütern für die Industrialisierung, und ein Drittel als Darlehen. Der Wert der Lieferungen aus dem Abkommen betrug 0,2% des deutschen Bruttosozialproduktes und war ein „Konjunkturprogramm“ für die deutsche Wirtschaft (S. 22). Individuelle Zahlungen an jüdische Überlebende gab es erst später und wurden nur an Personen ausgezahlt, die innerhalb der Grenzen des Deutschen Reichs von 1937 gelebt haben. Die meisten Holocaustüberlebenden blieben ohne Entschädigung.

Sowohl in Israel als auch in der Bundesrepublik war das Abkommen umstritten und passierte nur mit Mühe und Not die Parlamente. Von deutscher Seite waren die offiziellen Pro-Argumente, dass durch solch ein Abkommen Deutschland wieder in die internationale Gemeinschaft „re-integriert“ (S. 27) wird. Es wurde vor allem von den USA als ein „Schuldeingeständnis“ Deutschlands betrachtet. Dabei hatte Adenauer in einer international viel beachteten Rede schon 1951 im Bundestag gesagt:

„Im Namen des deutschen Volkes sind unsagbare Verbrechen begangen worden, die zur moralischen und materiellen Wiedergutmachung verpflichten“ (S. 28).

Die Verbrechen haben nach Adenauer nicht „die Deutschen“ sondern „die Nazis im Namen des deutschen Volkes“ verübt! Marwecki interpretiert: „der wichtigste Adressat von Adenauers Entschädigungspolitik war nicht der israelische Staat oder, zu Erziehungszwecken, die deutsche Gesellschaft. Es geht stattdessen um die ‚westliche Welt‘ und vor allem die USA“ (S. 30).

Beim deutschen Pro & Contra gab es im Bundestag folgende Positionen (S. 29-30):

- **Ludwig Erhard** anerkannte das Risiko, sagte aber, dass ein solch hohes „Schuldanerkenntnis im Endeffekt den deutschen Interessen besser dient, denn nämlich, wenn wir die deutsche Kreditwürdigkeit stärken und schließlich vielleicht sogar die Juden der Welt mit der deutschen Vergangenheit versöhnen“.
- **Franz Josef Strauß** enthielt sich der Stimme, weil er die Beziehungen zu den arabischen Staaten nicht gefährden wollte.
- **Kurt Müller** von der KPD stimmte dagegen, weil die Zahlungen nicht den Holocaustopfern selbst sondern nur „den israelischen und deutschen Industriellen zugute kommen und im Endeffekt den USA dazu dienen, ihre aggressive Nahostpolitik auszubauen“.

Marwecki zitiert die erste jüdische Professorin für Politikwissenschaft in der BRD, Eleonore Sterling, zustimmend mit ihrer Analyse, dass die Diskussion um die Wiedergutmachung „die Natur des Antisemitismus“ gewandelt habe. Sie sagt: der „in der Bundesrepublik zu fleißig propagierte Philosemitismus [also der Hochschätzung jeglicher Jüdischkeit] hat eigentlich weniger mit den Juden, dafür mehr mit der Staatsräson und Außenpolitik zu tun“ (aus: Die ZEIT 10.12.1965). Dieser Philosemitismus

mus verwandle die konkreten Menschen, vor allem auch die wenigen in der BRD lebenden Juden, in eine „stereotypisierte nur durch ihre Leiderfahrung wahrgenommene“ Menge von „Ausschwitzjuden“.

[Ich erlaube mir zu erwähnen, dass ich ohne etwas von Sterling zu wissen, genau an dieser Beobachtung mit meinem Konzept der „ent-ritualisierten Holocaustpädagogik“ und der Behandlungen von Klezmermusik in der Schule ansetze.]

Für die auch von der Frankfurter Schule formulierte These, dass unter der Oberfläche des Philosemitismus in der BRD der Antisemitismus nicht ausgestorben sei, spricht nach Marwecki Adenauers Äußerung (1965 in einem TV-Interview):

„Wir haben den Juden so viel Unrecht getan, wir haben solche Verbrechen begangen, dass sie irgendwie gesühnt werden mussten, wenn wir überhaupt wieder Ansehen unter den Völkern der Erde gewinnen wollten. Die Macht der Juden auch heute noch, insbesondere in Amerika, soll man nicht unterschätzen“ (S. 19).

... die den Topos der „Macht der Juden“ in Verbindung mit „auch heute noch“ aufwärmt.

1.2 Die israelische Seite: ein Industrieprogramm für Israel

„Nicht Vergebung oder Versöhnung, sondern die blanke Not trieb das junge Israel in Richtung Bundesrepublik.“ ... Für Israel gab es nur einen Grund das „Blutgeld“ anzunehmen: Den Aufbau des Staates voranzutreiben, aus einem Agrarland einen Industriestaat zu machen. In der Kneset gab es erheblichen Widerstand gegen Ben-Gurions Pläne, ein Abkommen mit der Bundesrepublik zu schließen. Aber der Pragmatismus überwog.

Wie in Israel eigentlich alles „Deutsche“ aus dem Alltag getilgt werden sollte, kann man in der derzeit laufenden Ausstellung zur Jiddischen Sprache im Landesmuseum bemerken. Diese „halb-deutsche“ Sprache sollte in Israel verschwinden, obwohl sie für zahlreiche Juden - wie beispielsweise für Golda Meir (die „Goldie Meier“ hieß) - so etwas wie „jüdische Identität“ war. Auch David Ben-Gurion hieß ursprünglich „Josef Davin Grün“ und hatte seinen Namen „hebräisiert“.

Die Entschädigungszahlungen waren in drei Etappen aufgeteilt. Zuerst wurden Baumaterialien (Stahl etc.) zum Bau von Fabrikhallen geliefert, sodann Maschinen, um diese Hallen zu füllen, und schließlich auch „Produkte der verarbeitenden Industrie“. Der größte Einzelsektor war der Schiffbau: Deutschland lieferte 60 Schiffe mit 450.000 Tonnen... Das nach Israel geflossene Kapital umfasste bis 1965 das Dreifache dessen, was aus den USA kam. Deutschland war der wichtigste Handelspartner Israels.

Das schnelle Wachstum der israelischen Industrie schaffte Arbeitsplätze und ermöglichte, eine im Jahr 1952 erlassene Einschränkung der Einwanderung von Juden nach Israel wieder zu lockern und aufzuheben. Das Büro in Köln, das die Abwicklung des Vertrages unter Leitung von Felix Shinnar (einem deutschgebürtigen Israeli) organisierte, war so etwas wie die israelische Botschaft - lange bevor 1965 offiziell diplomatische Beziehungen aufgenommen wurden. Dies hatte einen „diplomatischen“ Grund:

1.3. die arabische Seite: Geheimhaltung

Die gemeinsamen Aktivitäten im Rahmen des Abkommens wurden so geheim wie möglich gehalten aus Furcht, die arabischen Länder in die Hände der Sowjetunion zu treiben. Das Abkommen war ein wichtiger Bestandteil des Kalten Krieges im Nahen Osten. Deutschland hatte traditionsbedingt eigentlich gute Beziehungen zu den arabischen Ländern. Daher musste Adenauer & Co. versuchen, die Reparationszahlungen als „rein moralisches“ Phänomen und vollkommen losgelöst vom israelisch-arabischen Konflikt darzustellen. Diesen Konflikt brachten die Araber mit zwei Sätzen auf den Punkt:

(1) Der Staat Israel ist der Versuch, ein europäisches Problem auf arabischem Boden zu lösen. (2) Wenn Israel für den Holocaust entschädigt wird, dann müssten die Palästinenser für die Nakba entschädigt werden (S. 48-49).

Daher wurde in der BRD durchaus diskutiert, auch die Palästinenser zu entschädigen, was extrem bescheiden dann durch die Zuweisungen an die UNWRA geschah. Adenauer hingegen verhandelte mit Ägypten und versprach auch dort wirtschaftliche Aufbauhilfe zu leisten.

Der Protest der Arabischen Liga gegen die Verabschiedung des Abkommens blieb natürlich nicht aus - aber letztendlich ohne gravierende Folgen für Deutschland [um nicht von den Palästinensern zu sprechen!]. Deutschland verletze im arabisch-israelischen Konflikt seine Neutralitätspflicht. Adenauer betonte jedoch, dass das Abkommen explizit niemals zu militärischen Zwecken verwendet werden würde...

Teil 2. Ein deutscher Sonderweg im Nahen Osten?

... dem war aber nicht so! Die geheime militärische Unterstützung Israels zwischen 1948 und 1967 überstieg die aus Frankreich, um von den vollkommen unbedeutenden Lieferungen aus den USA ganz zu schweigen. Deutschland war es, das Israel zur regionalen Militärmacht machte bevor die USA 1967 als „Schutzmacht“ auftraten -- das ist Marweckis wichtigste Aussage!

„Ohne Deutschland gäbe es Israel nicht“. Diese Aussage wird heute immer auf den Holocaust bezogen. Marwecki bezweifelt dies. Er sagt, Israel sei nicht ein „Ergebnis der Shoa“ sondern des Zionismus, der die Meinung, Europa biete keinen Lebensraum für Juden, schon lange vor dem Dritten Reich vertreten habe. Der Satz „ohne Deutschland kein Israel“ sei aber insofern richtig, als ohne die geheime militärische Allianz zwischen Bundesrepublik und Israel es weder den Sechstagekrieg noch überhaupt eine „Regionalmacht Israel“ geben würde.

Suezkrieg 1956:

Im Suezkrieg standen Frankreich und England nicht nur gegen Ägypten sondern auch gegen die USA. Israel erobert zunächst die Halbinsel Sinai und den Gazastreifen. Nachdem Frankreich und England den Suezkrieg aber verloren hatten, bedrängten die USA Deutschland, seine guten Beziehungen zu Israel dahin gehend zu verwenden, sich aus den eroberten Gebieten zurück zu ziehen. (Marwecki zitiert dazu das Dokument B130, Band 6436 vom 11.2.1957 des Politischen Archivs des Auswärtigen Amtes). - Übrigens sagt Marwecki, die Aktenordner zum deutsch-arabischen Verhältnis dieser Jahre würden mehrere Wagenladungen füllen.

Die USA gingen auf Distanz zu Israel. Und Ben-Gurion sagte 1959 vor der Knesset:

Der Auftrag, den die Märtyrer des Holocaust uns hinterlassen haben, ist der Wiederaufbau, die Stärkung, der Fortschritt und die Gewährleistung der Sicherheit Israels.. Aber, wenn wir Deutschland als Satan betrachten, dann werden wir keine Waffen bekommen“ (S. 61).

Aus dieser Zeit stammen auch die drei Fotos, die Ben-Gurion und Adenauer als „Freunde“ zeigen.

Zwischen 1957 und 1967¹:

Im Dezember 1957 besucht der israelische Verteidigungsminister Shimon Peres Franz Josef Strauß in dessen Privathaus in geheimer Mission. Strauß hatte seine oben zitierte Meinung inzwischen geändert. Peres schreibt in seinen Memoiren (1970) über dies Treffen: „Nur wenige Monate nach unserem Treffen erhielt die israelische Armee sehr wertvolle Ausrüstung. [Es folgt eine konkrete Aufzählung.] Zum ersten Mal fühlte sich die israelische Armee, die an allen Enden und Ecken sparen musste, beinahe verwöhnt“ (S. 62).

Peres war zuvor inkognito in Paris gelandet, hatte sich das kleinste Auto gemietet, das er finden konnte, und sich über vereiste, neblige Straßen auf nach Oberbayern gemacht. Während der abenteuerlichen Fahrt versagte nicht nur die Autoheizung, sondern Peres verfuhr sich noch kurz vor dem Ziel...

In der BRD war man sehr darum bemüht, die Waffenlieferungen an Israel geheim zu halten. Denn gemäß der Hallstein-Doktrin bestand die Gefahr, dass die arabischen Staaten die DDR anerkennen würden, was dann zum Abbruch diplomatischer Beziehungen der BRD zu ebendiesen Staaten führen müsste.

Franz Josef Strauß berichtete von abenteuerlichen Methoden: "Wir haben die Israel zugesagten Geräte und Waffen heimlich aus den Depots der Bundeswehr geholt und hernach als Ablenkungsmanöver bei der Polizei in einigen Fällen Diebstahlanzeige erstattet. Nicht alles verlief reibungslos: M-48-Panzer, die für Israel bestimmt waren, blieben etwa auf dem Bahntransport nach Italien in einem Tunnel stecken“...

Marweckis Fazit: **Die frühe militärische Zusammenarbeit zwischen Israel und Nachkriegsdeutschland lässt sich nur durch Ignoranz historischer Tatsachen zu einer moralischen Versöhnungsgeschichte überhöhen. „Israel ging diese Zusammenarbeit aus realpolitischen Gründen ein, und zahlte dafür ... mit der Absolutioun eines Staates, in dem die Täter von gestern unbehelligt lebten“ (S. 64): Beispiel Franz Josef Strauß!**

Das Kriegswaffenkontrollgesetz legt in § 6 fest, wann das Wirtschaftsministerium den Export von Kriegswaffen verbieten muss. Exporte dürfen nicht genehmigt werden, wenn „die Gefahr besteht“, dass die gelieferten Waffen „bei einer friedensstörenden Handlung, insbesondere bei einem Angriffskrieg“ verwendet werden (§ 6 (3) 1). Dieser Satz wird von einigen Rüstungsexportkritikern so verstanden, dass Lieferungen von Kriegswaffen in Krisengebiete generell verboten wären. Eine so weite Folgerung ist dem Wortlaut des Gesetzes aber nicht zu entnehmen.

¹ Viele Details hierzu auch: Godel Rosenberg: Wie Franz Josef Strauß Israels Sieg 1967 ermöglichte. In: WELT. Geschichte. Vom 20.5.2020. Danach wurden von FJS Waffen im Wert von 200 Millionen Mark nach Israel geschmuggelt.

Im New Yorker Astoria verabreden - wie immer streng geheim - Ben-Gurion und Adenauer über die Lieferung von U-Booten, Luftabwehrraketen und Luft- und Bodenraketen. Das Foto ist zudem ein Zugeständnis Ben-Gurions angesichts von über 500 antisemitischen „Vorfällen“, die sich im Januar 1960 in Deutschland ereignet hatten und internationales Aufsehen erregt haben. Zudem war es eine öffentliche „Bastion“ gegen anti-deutsche Regungen, die angesichts des Eichmann-Prozesses 1961 aufzuflammen drohten. Ben-Gurion erreicht im Eichmann-Prozess, dass die Anklageschrift nicht von „den Deutschen“ sondern von „Nazi-Deutschland“ sprach. Adenauer und Strauß haben aber in weiteren Geheimtreffen mit Ben-Gurion gesagt, dass die definitiven Waffenlieferungen vom Ausgang des Eichmann-Prozesses abhängig gemacht würden.

[Alle diese Aussagen belegt Marwecki durch bis 1997 unter Verschluss gehaltenen Dokumenten des Auswärtigen Amtes.]

Im Mai 1961 wurde zwischen dem Auswärtigen Amt und Finanzministerium mit der „Kreditanstalt für Wiederaufbau eine **Sonderzahlung** in der Höhe von zwei Milliarden DM“ ereinbart (S. 83). Hans Rühle (Experte für Nuklearwaffen im deutschen Verteidigungsministerium und der NATO) ist der Meinung, dass Frankreich zwar (in: Die WELT 14.4.2015) das KnowHow für **Israels Atomwaffenprogramm** geliefert, Deutschland es jedoch finanziert habe. Denn nirgends ist bis heute dokumentiert worden, was mit den zwei Milliarden geschehen ist. Der erste deutsche Botschafter in Israel, Rolf Pauls, schreibt von dem Projekt einer „nuklearen Entsatzungsanlage“, die es aber bis heute nicht gibt (PA AA, B130, Bd. 8824, 21.9.1965). Marwecki sagt, dass er trotz intensiven Suchens keine Unterlagen zum endgültigen Beweis von Rühles Aussage gefunden hat.

Diplomatische Beziehungen 1965

Deutschland betonte gegenüber den arabischen Staaten, dass es keine Waffen in „Spannungsgebiete“ liefern würde - was gelogen war. Als Israel von den USA Panzer wollte und diese ablehnten, kam Deutschland ins Spiel. Ein Tauziehen um die Panzerlieferungen entstand mit dem Ergebnis, dass die USA doch lieferten und Deutschland bezahlte. Dieser Deal flog auf und wurde bekannt. Die arabische Empörung war groß. Nachdem das Kind ins Bad gefallen war, hatte Deutschland nun den Rücken frei, um offiziell mit Israel **diplomatische Beziehungen** aufzunehmen, woraufhin 10 arabische Staaten ihre diplomatischen Beziehungen zu Deutschland abbrachen. Deutschlands „Doppelspiel“ war beendet.

Nach Aufnahme diplomatischer Beziehungen beendete Deutschland den Status des „moralisch Verantwortlichen“. Bezeichnend sind Äußerungen von Karl Carstens (damals Staatssekretär im AA, später Bundespräsident):

„Mich stört die wiederholte Verwendung des Begriffs ‚moralische Verantwortung‘. Wofür sollten wir moralisch verantwortlich sein? Doch gewiß nicht für die Schwierigkeiten, die Israel mit seinen arabischen Nachbarn hat“ (AAPD 1965, 173).

Oder des ersten deutschen Botschafters Pauls in Israel:

„Wir sollten Israel verdeutlichen, dass wir ihren ständigen Appell an unsere moralische Verpflichtung durchschauen: dass sie Moral sagen, aber Kasse meinen, nicht bereit, uns für die Leistung auch nur teilweise Entlastung zu erteilen“ (PA AA, B130, Bd. 2567, 26.1.1965).

Fazit: in 1965, als die Zahlungen aus dem Luxemburger Abkommen abgeschlossen waren, wollte die BRD einen „Schlusstrich“ ziehen. Kanzler Erhard erklärte 1965 im Bundestag „die Nachkriegszeit ist beendet“.

Hannes Pichler 2016 in seiner Masterarbeit am Lehrstuhl für jüdische Geschichte und Kultur der Ludwig-Maximilians-Universität unter dem Titel „Freundschaft der mutigen Tat – Franz Josef Strauß und der Sechs-Tage-Krieg 1967“:

Denn zum ersten Mal hat der junge Münchner Historiker Quellen ausgewertet, die Waffenlieferungen auf Veranlassung von Franz Josef Strauß dokumentieren. Sie passen genau zu den Erinnerungen Eliezer Cohens.

Geliefert wurden unter anderem 24 Sikorsky-Hubschrauber, 34 Militärflugzeuge, 1600 Cobra-Panzerabwehrraketen, 500 Nato-Lastwagen der Marke Ford mit 472 Anhängern sowie insgesamt 300.000 Schuss Munition. Zusätzlich wurden zwei Flak-Bataillone vollständig mit Radar ausgerüstet und 40 US-Kampfpanzer geliefert, die von der Bundeswehr umgerüstet worden waren. Die Anschaffungskosten hatte das Verteidigungsministerium übernommen.

Pichler beziffert den damaligen Wert der Waffen, die bis 1965 von Deutschland an Israel geliefert wurden, auf 193,95 Millionen DM.

Israels Sieg im Sechs-Tage-Krieg hing nicht nur von den Waffenlieferungen ab, sondern auch von der Ausbildung israelischer Soldaten durch die Bundeswehr. Radare wie das mit der Bundeswehrbezeichnung AN/TPS-1D oder die Flugabwehrkanonen Bofors L/70 waren damals modernstes militärisches Gerät, für das man geschult werden musste. Am 6. Januar 1963 landeten 19 israelische Soldaten, darunter Yuda R., Jacov P., Tony A. und Zvi E. sowie ihr Offizier Mosche T., mit einer El-Al-Maschine in Paris; Zwischenstation hatten sie in Brindisi in Italien gemacht. Von Paris aus reisten sie per Bahn nach Köln und weiter ins schleswig-holsteinische Rendsburg. Nur nicht auffallen war die oberste Devise.

Der Sechstage-Krieg 1967

Der Sechstagekrieg ist nach Meinung Marweckis nicht zuletzt aufgrund deutscher Militärhilfe gewonnen worden. Während französische Jets die ägyptische Luftwaffe zerstörten, eroberten deutsche Panzer den Sinai. Die deutsche (herrschende) Presse feierte den Sieg Israels als Beweis dafür, dass das traditionelle Bild des „passiven“ Juden nun von dem eines „tapferen, heroischen, genialen Volkes“, eines „brillanten Strategen“ etc. überstrahlt worden sei (Zeitungszitate, S. 97). Marwecki deutet solche Überidentifikation als eine neue Form von Antisemitismus (oder Philosemitismus?).

Marwecki zitiert in diesem Zusammenhang **Ulrike Meinhoff**, die 1967 in „konkret“ den „Blutrausch“, den der Sechstagekrieg in der westdeutschen Presse auslöste, beschrieb (S. 99):

Blitzkriegtheorien schossen ins Kraut, BILD gewann am Sinai endlich, nach 25 Jahren, noch die Schlacht von Stalingrad. ... Nicht die Erkenntnis der Menschlichkeit der Juden, sondern die Härte der Kriegsführung ... führte zur fragwürdigen Versöhnung.“

Marwecki spricht hier von „geistiger Klarheit“, die aber kurz währte, wie Ulrike Meinhoffs Reaktionen auf das palästinensische Olympia-Attentat 1972 gezeigt hätte.

[Ergänzen möchte ich noch, dass sich das Klezmer-Revival in den USA ebenfalls dem Sechstagekrieg verdankt. Juden an US-Universitäten, die ihre Jüdischkeit nicht durch die Religion definieren, wandten sich von Israel ab und suchten nach neuen Möglichkeiten Jüdischkeit zu konstruieren. Diese fanden sie in der traditionellen jüdischen Musik Osteuropas.]

Marweckis zentrale These zum Jahr 1967:

Von der Nachkriegszeit bis 1967 war die Bundesrepublik und nicht die USA die wichtigste Schutzmacht Israels. Es ist unwahrscheinlich, dass sich Israel ohne westdeutsche Hilfe so rasch in einer feindlichen Umgebung hätte konsolidieren können.

1967 schwang sich die USA zum prinzipiellen Unterstützer Israels auf. Was Militärhilfe betrifft, stellten die USA alles in Schatten, was Bonn liefern konnte. Deutschland wurde zum „zweitbesten Freund“. (S. 104)

Teil 3. Normalisierung und Nahostkonflikt

Mit dem Botschafteraustausch 1965 sollte die „Normalisierung“ der Beziehungen zwischen Deutschland und Israel beginnen. „Normalisierung“ wurde zum Schlüsselbegriff wie später „Staatsräson“. Normalisierung hieß: (1) die Wiedergutmachung durch Reapartitionen ist abgeschlossen, (2) man blicke jetzt nach vorne und nicht nach hinten! Israel wollte nichts von dieser Art „Normalisierung“ hören und betonte immer und immer wieder die nie tilgbare Schuld Deutschlands. Typisch Außenminister Abba Elan, der 1965 sagt:

Die Vergangenheit spricht noch immer mit einer schrecklichen Stimme zu uns... die Erinnerung verfolgt uns. Unserer Ansicht nach erlegt sie Deutschland Verantwortung auf, eine negative Verantwortung, nichts zu tun, was die Sicherheit Israels schwächen würde... (S. 102-103).

Als Adenauer - längst nicht mehr im Amt - Israel besuchte, sagte der Premier Levi Eshkol: die Reparationszahlungen sind nur eine symbolische Rückerstattung, echte Sühne kann es nicht geben. Daraufhin drohte Adenauer mit Ausreise. Eshkol entschuldigte sich und Adenauer blieb.

Premierminister Levi Eshkol erklärte in der Knesset: „Deutschland trägt eine beispiellose, schwere Verantwortung. Es ist seine Pflicht, Israel mit der für seine Sicherheit notwendigen Ausrüstung beizustehen; eine Entschädigung und Ersatzleistung können nicht an Stelle der Erfüllung dieser Verpflichtung treten.“

Unter Brandt wurde die Normalisierungspolitik fortgeführt und auch gegenüber der deutschen Linken verteidigt, die sich ausschließlich mit den Palästinensern solidarisierte. Die Bundesrepublik versuchte die arabischen Staaten dadurch zu beschwichtigen, dass sie (1) die UNWRA massiv unterstützte und (2) nach 1967 palästinensische Flüchtlinge aufnahm. Auch beim Attentat auf der Münchener Olympiade 1972 versuchte die Bundesregierung, zwischen Israel und PLO zu „interpolieren“. (Stichwort: Freilassung von drei Olympia-Terroristen nach der Kaperung eines Lufthansaflugzeugs durch den Schwarzen Setember.)

Der Yom-Kippur-Krieg (1973)

Brandt wurde vorgeworfen, nicht im Vorfeld zwischen Israel und Ägypten vermittelt und dadurch den Krieg verhindert zu haben. Marwecki entkräftet den Vorwurf. Im Krieg selbst wurden erfolgreich deutsche Waffen eingesetzt. Dennoch hielt sich die Bundesrepublik - als „neutral“ erklärt - aus dem Krieg raus, weil es im Gegensatz zu den USA vom arabischen Öl abhängig war. Arabischer Vorwurf an Bonn: der Politik gehe es nicht um Israel und die Palästinenser sondern ums Öl. Der Yom-Kippur-Krieg ist auch die Ursache für die „Ölkrise“ 1973.

In den 1970er gab es diverse „Erklärungen“ der EG (angeführt von Frankreich), die den Palästinensern ein „homeland“ zugestanden. Arafat traf sich sogar mit Brandt und Kreisky. Position: „das Existenzrecht Israels in den Grenzen vor 1967“.

1985 Weizäckers Rede

Marwecki: Weizäcker widerspricht der Nachkriegslüge, wonach die Mehrheit der Deutschen nichts gewusst habe. Nach Weizäcker ist „der Schlüssel zur Erlösung von unserer Schuld ist nicht da Vergessen sondern die Erinnerung“.

Marwecki: „Weizäckers Rede läutet das Ende der deutschen Normalisierungspolitik ein“ (S. 142).

Teil 4. Staatsräson

Der Begriff „Staatsräson“ zeigt: „die deutsche Israelpolitik, oder zumindest das Reden über die Israelpolitik, ist moralischer geworden, ... identitätspolitischer“. Er „entzieht sich dem demokratischen Diskurs, stammt er doch aus dem vordemokratischen Absolutismus“ (S. 143). Der Tonfall „ist oft sakral, wenn es um Israel geht“. Dies zeige, „wie sehr der nationale Diskurs um Israel eben auch, oder vor allem, ein Diskurs um nationale Selbstvergewisserung ist“.

Golfkrieg 1991

Hussein beschießt Israel mit Raketen, die unter Beteiligung deutscher Firmen gebaut worden sind. In Israel ruft dies das Bild hervor: „deutscher Mordversuch an Juden“. Darauf hin überreicht Genscher einen Scheck von 255 Mio DM für „humanitäre Hilfe“ und Israel fordert 8 Fuchs-Panzer, 3 weitere U-Boote und Finanzierung des Flugabwehrsystems.

Nach 1990: Zunächst lieferte Deutschland eine Großzahl sowjetischer Waffensysteme aus den NVA-Beständen an Israel. Zur Tarnung wurden die brisanten Gerätschaften vom BND als zivile Güter ausgegeben. Doch im Oktober 1991 entdeckte die Polizei in Hamburg eine dieser Lieferungen: 14 Container voll mit Waffen – darunter Panzerwagen, Raketen, Ersatzteile für den T-72-Panzer und die Radareinheit des MiG-29-Kampffjets – waren als "land- und forstwirtschaftliches Gerät" deklariert worden.

Die weitgehend geheim gehaltene militärische Zusammenarbeit spielt sich auf allen Ebenen ab: nicht nur Lieferung von Waffen - in beiden Richtungen -, Teilen von Erkenntnis über erbeutete Waffen, z.B. aus der Sowjetunion, Entwicklungszusammenarbeit, gegenseitige Schulung, zum Beispiel Schulung der Bundeswehr durch die „Einsatzarmee“ Israels beim Übergang der Bundeswehr von einer „Friedens- zur Einsatzarmee“ (S. 154).

„Staatsräson“ 2005/2008

Die Kritik an der „Staatsräson“ lautete: Deutschland mache sich vom israelischen Sicherheitsverständnis abhängig. Marwecki kontert: die Kritik gehe

*„an der Wirklichkeit vorbei: **Deutschland hat seine Israelpolitik stets nach den eigenen nationalen Eigeninteressen ausgerichtet.** Das heutige Deutschland ist Israel nicht verbunden, weil Israel das deutsche Schuldempfinden auszunutzen weiß, sondern weil die Beziehungen mit Israel zum in-*

tegralen Bestandteil deutscher Vergangenheitspolitik seit Ende des Kalten Krieges geworden sind“ (S. 155).

Allerdings seien die Zusammenhänge zwischen „Vergangenheitspolitik und Nahostpolitik komplex“.

Für Botschafter Dreßler, der den Begriff „Staatsräson“ 2005 geprägt hat, bedeutet Staatsräson nicht zuletzt, den israelisch-palästinensischen Konflikt durch die Brille des Holocaust zu betrachten. Er wurde auf dem Hintergrund der Zweiten Intifada geprägt, also der konkreten „Bedrohung“ Israels. Marwecki interpretiert:

„Das erleichtert für Deutschland zwar die Solidarisierung mit Israel, kann aber dazu verleiten, die politischen Gründe für palästinensischen Widerstand ... nicht nur nicht beurteilen, sondern sie, vor jeglicher Beurteilung, überhaupt erst einmal nachvollziehen zu können“ (S. 157).

Der irakische Machthaber Saddam Hussein feuerte Raketen auf Israel ab und drohte, diese mit chemischen Gefechtsköpfen zu versehen. Wie sich herausstellte, hatten deutsche Unternehmen maßgeblichen Anteil an der Entwicklung und Produktion der irakischen Chemiewaffen; wesentliche Bauteile, Substanzen und Know-how stammten aus der Bundesrepublik. Die Regierung unter Helmut Kohl geriet in Erklärungsnot gegenüber Jerusalem und sagte die Finanzierung von zwei U-Booten (Gesamtpreis rund 880 Millionen DM) als Teil eines kompensatorischen Hilfspakets an Israel zu. Das Verteidigungsministerium hatte ohnehin ein starkes Interesse an einem solchen Großauftrag, um die Fähigkeiten deutscher Unternehmen zum Bau solcher Waffensysteme am Leben zu erhalten, bis die Bundesmarine selbst die Mittel zum Auftrag für eigene neue U-Boote (U-212A) einreichen konnte. 1994/95 wurde vereinbart, ein drittes U-Boot zu produzieren. Die U-Boote der Dolphin-Klasse wurden 1999/2000 nach Israel überstellt. Es handelte sich dabei um die ersten größeren Rüstungsexporte Deutschlands nach Israel seit 1965.

2002/03 bemühte sich Israel um weitere deutsche U-Boote mit einem neuartigen Brennstoffzellenantrieb, der es erlaubt, noch länger unter Wasser zu bleiben (Dolphin II). Für Israels Marine sind diese Waffensysteme unerlässlich – sie sind die einzige Möglichkeit, um unbemerkt im Arabischen Meer und Indischen Ozean zu operieren. Erneut war die Finanzierungsfrage die entscheidende Hürde. Bundeskanzler Gerhard Schröder stellte 2002 klar: "Israel bekommt das, was es für die Aufrechterhaltung seiner Sicherheit braucht, und es bekommt es dann, wenn es gebraucht wird." Entsprechend half die Bundesregierung mit der Finanzierung. Israel bestellte zwei neue U-Boote im Wert von etwa einer Milliarde Euro, Deutschland trug ein Drittel der Kosten. Schröder unterzeichnete diese Regelung 2005 am letzten Arbeitstag der rot-grünen Regierung. Unter Bundeskanzlerin Angela Merkel wurde im Mai 2006 die Baugenehmigung für das sechste Dolphin-U-Boot erteilt.

Süddeutsche Zeitung 20.1.2022. Israel bekommt drei neue U-Boote aus Deutschland. Drei Milliarden Euro sollen für den Bau der Boote in die Kassen von Thyssenkrupp fließen. Die Bundesregierung trägt einen Teil der Kosten [80% !!]. Bei der am Donnerstagmorgen vermeldeten Vertragsunterzeichnung in Tel Aviv saßen der Generaldirektor des israelischen Verteidigungsministeriums, Amir Eshel, und der Geschäftsführer von Thyssenkrupp Marine Systems, Rolf Wirtz, gut ausgeleuchtet vor zwei israelisch Flaggen und einer Weltkarte.

Nach Wikipedia hat Israel derzeit 10 deutsche U-Boote. Deutschland zahlte dabei 80%, viele Milliarden.

Auf S. 160 wird die Bertelsmannstiftung 2022 zitiert:

	Israelis	Deutsche
Deutschland hat eine besondere Verantwortung für den Staat Israel.	57%	27%
Deutschland muss im israelisch-palästinensischen Konflikt ausschließlich Israel unterstützen.	61%	12%
Im Konflikt müssen beide Parteien zu Kompromissen bereit sein.	?	64%

Marwecki schließt daraus: **Die Staatsräson-Politik der deutschen Regierung wird nicht von der Mehrheit der deutschen Bevölkerung geteilt.** „Die Bilder, die der israelisch-palästinensische Konflikt produziert, kontrastieren mit der offiziellen deutschen Israelpolitik“ (S. 161).

Die „Tauschstruktur [Absolution gegen Geld und Waffen] erklärt, was nur auf der staatlichen Ebene möglich gewesen sein konnte, nicht aber der menschlichen...widersprach dem menschlichen Bedürfnis der allermeisten Israelis“ (S. 195) -- aber kommt auch in der deutschen Bevölkerung nicht an, wo „religiöses“ Wunder-Pathos zelebriert und der Tauschcharakter verheimlicht wird.

Oslo und Zweistaatenlösung

Marwecki betont, dass im Oslo-Vertrag 1993 von einer Zweistaatenlösung nicht die Rede ist. Die deutsche Regierung hält an der Zweistaatenlösung fest. Bei Interviews mit Regierungsvertreter*innen hat Marwecki erfahren, dass ausnahmslos alle, die offiziell die Zweistaatenlösung vertreten [müssen], inoffiziell nicht daran glaubten. Man hat sie inoffiziell längst abgeschrieben. Marwecki fragt: Wie kommt es zu dieser unehrlichen Situation? [Und gibt keine überzeugende Antwort.]

Deutschland übergibt offiziell die politische Rolle im Friedensprozeß den USA und beschränkt sich auf den größten Geldgeber für Palästina. Gerhard Schröder spricht dabei 1993 von „Wirtschaftshilfe“ (Marwecki: „marktwirtschaftlicher Friedensansatz“). Faktisch werden nicht die Infrastruktur Palästinas finanziert sondern Gehälter der zahlreichen „Staatsangestellten“ und die humanitäre Hilfe (S. 169).

Le More sagt 2005 zu Palästina: „Die USA entscheiden, die Weltbank setzt um, die EU zahlt, die Vereinten Nationen ernähren“

Marweckis Fazit: Für Israel gibt es keinen Grund, einer echten Zweistaatenlösung zuzustimmen. Und so gibt es „etwas Schlimmeres als Apartheid: Zwei verfeindete Nationen existieren auf demselben Territorium... wobei Israel die meisten Machtmittel in der Hand hat“ (S.173).

Deutschland bekennt sich zur Zweistaatenlösung und zahlt humanitäre Hilfe. Reicht das nicht?
 Wenn man einer Seite Waffen gibt und der anderen Brot, hält man den Konflikt eher am Leben. Auch die Bundesrepublik hat es verpasst, die friedensbereiten Kräfte auf beiden Seiten zu fördern. Im Ergebnis haben wir es jetzt mit einem wahrhaft existenziellen Krieg zu tun, in den die Bundesrepublik verstrickt ist.
 Taz-Interview mit Marwecki.

Teil 5. Fazit (von 2023, vor dem 7. Oktober)

Nach Marwecki ist die Zweistaatenlösung auch für die linken und liberalen Israelis nach der Zweiten Intifada kein „Ziel“ mehr. Gegen die Zweistaatenlösung spricht auch der Zustand in beiden Palästina-gebieten: in Gaza eine Diktatur, im Westjordanland eine nur durch „finanzielle Abhängigkeit“ aufrecht erhaltene Regierung ohne Unterstützung durchs Volk.

Deutschland hält an der Zweistaatenlösung fest, weil ihm sonst nichts einfällt... Christoph Heusgen sagt am 28.7.2023 im „Spiegel“:

Wir sind intellektuell nicht bereit einzugestehen, dass es keine Zweistaatenlösung mehr geben wird“ (S. 178).

Nach Marwecki ist **das deutsche Dilemma: Verantwortung aus dem historischen Erbe („Staatsräson“) versus grundlegende Werte der Außenpolitik (denen die Intention der israelischen Regierung, Palästina faktisch zu liquidieren, zuwiderläuft)** (S. 179). Folglich wird von deutscher Regierungsseite versucht, den „wirklichen Konflikt zu ignorieren“. Er wird auf eine andere Ebene verschoben, auf das

Terrain der Erinnerungspolitik.

Marwecki rechnet zur „Erinnerungsdebatte“, die im Frühjahr 2020 ausgebrochen ist:

- ungewusste Gewaltgeschichte des deutschen Kolonialismus,
- Frage nach der Singularität des Holocausts,
- die Boykottbewegung BDS,
- der „teils zivilreligiöse Charakter deutscher Erinnerung“.

A. Dirk Moses („Der Katechismus der Deutschen“ in: *Geschichte und Gegenwart* 23, 5/2021): „der erinnerungspolitische Katechismus der Deutschen ist:

1. Der Holocaust ist einzigartig,
2. die Erinnerung an den Holocaust bildet das moralische und politische Fundament der deutschen Nation,
3. Deutschland trägt eine besondere Verantwortung für die Sicherheit Israels,
4. Antisemitismus ist etwas grundlegend anderes als Rassismus,
5. Antizionismus ist Antisemitismus“ (S. 182).

Marwecki stellt fest, dass, wenn man Moses' fünf Punkt „umkehren“ würde, man schnell bei der BDS landen würde...

1. Holocaust ist nicht einzigartige und reiht sich ein an viele andere Verbrechen der deutschen Geschichte,
2. das moralische und politische Fundament ist „postkolonial“,
3. Israel muss für seine Sicherheit selbst verantwortlich sein, nicht Deutschland,
4. Antisemitismus ist eine Form von Rassismus,
5. Antizionismus ist nicht automatisch Antisemitismus.

... er lässt aber offen, ob er diese Umkehrung nicht durchaus berechtigt fände, um an „der deutschen Erinnerungskultur als Zivilreligion“ zu rütteln (S. 182).

Außer beim „atomaren U-Boot-Handel“ braucht Israels Sicherheit keine konkrete deutsche (Militär-) Hilfe. Deutschland gewähre Israel aber „diplomatische und politische Rückendeckung“, indem es

- die von Israel favorisierte Antisemitismus-Definition übernimmt,
- die BDS-Bewegung als antisemitisch verurteilt,
- unabhängige Untersuchungen gegen israelische Menschenrechtsverletzungen zu verhindern sucht,
- palästinensische Veranstaltungen verbietet
- und dergleichen mehr (S. 185).

Marwecki: „Die deutsche Israelpolitik ist im Kern erkaufte Identitätspolitik“ (S.190).

„Israel wollte Deutschland keine Absolution erteilen [hat es aber!] - aber das war der Preis, den Israel entrichten musste, um notwendige Hilfe für den Aufbau des Staates zu bekommen. Das israelische und das deutsche Motiv für das beidseitige Verhältnis sind grundverschieden, aber sie ergänzen sich, fügen sich wie Puzzelstücke ineinander“ (S.194).

Fazit nach dem 7. Oktober 2023

Tagesschau 8.11.2023:

Nach dem terroristischen Angriff der Hamas auf Israel wurden von der Bundesregierung aufgrund der aktuellen Lage Anträge auf Ausfuhr von Rüstungsgütern nach Israel prioritär bearbeitet und beschieden. Seit dem 7. Oktober wurden 185 Genehmigungsanträge abschließend bearbeitet. Insgesamt wurden in diesem Jahr bislang 218 Einzelgenehmigungen erteilt.

Wie die Nachrichtenagentur dpa berichtet, machen Kriegswaffen mit einem Wert von knapp 19 Millionen Euro nur etwa sechs Prozent des Gesamtvolumens aus. Der Löwenanteil von knapp 284 Millionen Euro entfällt auf sonstige Rüstungsgüter. In diese Kategorie fallen zum Beispiel gepanzerte Fahrzeuge, Sicherheitsglas oder militärische Lastwagen. Details zu Lieferungen nennt die Bundesregierung grundsätzlich nicht, auch, damit beteiligte deutsche Unternehmen nicht erkennbar sind.

„In der deutschen Erinnerungsdebatte zwischen Staatsräson und Postkolonialismus hat die Hamas der Staatsräson zum Sieg verholfen“ (S. 201).

Für die Linke ist es schwierig zu akzeptieren, dass die „Opfergruppen“, mit denen sie sich solidarisiert, selbst zum Täter werden.

Die „anti-kolonialen Lesart des Israel-Palästina-Konflikts“ sei (auch) analytisch falsch. Israel operiert nicht von einem „Mutterland“ aus, das weitab liegt. Die Juden sind „indigen“. Die Lösung des Problems ist nicht möglich... „Die Logik des existentiellen Krieges ist die der völligen Negation der Existenzberechtigung des Gegners“ (S. 202).

Die Unterstützung Israels im Gazakrieg ist deutsche Staatsräson - „Den Preis für die deutsche Absolution zahlen andere [die Palästinenser]“ (S. 202).

„Flucht und Besatzung müssen jedoch ausgespart werden, damit die Versöhnungsgeschichte zwischen dem reumütigen Deutschland und dem, glaubt man der deutschen Politik, überraschend verbegungsfreudigen jüdischen Staat keine Kratzer bekommt“ (S. 189 - zu den Reden im Bundestag anlässlich „75 Jahre Israel“).

Deutschland identifiziert sich mit Israel?

Es ist ein Ersatznationalismus. Er führt auch dazu, dass sich viele in Deutschland nicht vorstellen können, dass Israel in Gaza Kriegsverbrechen begeht. Denn das würde am deutschen Selbstbild kratzen, weil wir daran beteiligt wären. Letztlich schottet sich der deutsche Diskurs damit von der Realität ab.

Taz-Interview mit Marwecki

Ergänzung: Wolfgang Kraushaar

„Israel: Hamas - Gaza - Palästina. Über einen scheinbar unlösbaren Konflikt“, Hamburg: Europäische Verlagsanstalt, Februar 2024

Zum Autor

Im Buch spielt eine Rolle, dass Kraushaar kurz nach dem Sechstagekrieg in Frankfurt (noch im Dunst von Adorno) studiert und dort SDS-Flugblätter zu Gesicht bekommen hat. Er bekennt sich als „Pro-Israeli“, dessen „Glaube“ aber immer wieder stark erschüttert wurde und wird. 1987 wurde er Mitarbeiter im Hamburger Reemtsma-Institut, das ja demnächst geschlossen wird. Dort hat er 1988 eine Konferenz zum (nach seiner Meinung: Tabu-) Thema „Linker Antisemitismus“ organisiert. Bekannt ist er durch das „Standardwerk“ über die RAF. Obwohl er sich nach außen stets als Linker gibt, unterlässt er aber keine Gelegenheit - rhetorisch und aufgrund von Fakten - alles Linke zu ironisieren oder zu kritisieren.

Sechstagekrieg

Kraushaar zitiert ausführlich eine SDS-Resolution vom September 1967, in dem „der Konflikt im Nahen Osten“ als ein anti-imperialistischer Kampf der „arabischen Völker“ dargestellt wird. Als Lösung des Konflikts wird „die Errichtung einer einheitlichen arabischen sozialistischen Republik, die über eine gemeinsame Politik mit einem sozialistischen Israel zur territorialen Integrität gelangt“ (S. 125).

Obwohl Kraushaar diese Resolution nur als Versuch interpretiert, sich vom Vorwurf des Antisemitismus zu „immunisieren“, und er die im Text verwendeten „Großkategorien“ als zu „abstrakt“ abtut, zeigt dieser Text, dass Linke in Deutschland sehr wohl - wie auch Marwecki! - erkannt haben, dass der Nahost-Konflikt ein wichtiger Schauplatz im Kalten Krieg geworden ist.

Reaktionen nach dem 7. Oktober in Deutschland

Fall Masha Gessen: diese Jüdin bezeichnet Gaza als „Ghetto“ (9.12.2023 in „The New Yorker“) statt „Freiluftgefängnis“. Darauf hin zieht sich die Böll-Stiftung aus der Preisverleihung in Bremen zurück etc. Kraushaar hat für Gessens Vergleich gewisses Verständnis, weil es sich da um „blinde Flecken auf einem überaus vermienten Diskurs-Feld“ handelt (S. 103). Die Empörung zum Wort „Ghetto“ ist auf dem Hintergrund der „Einmaligkeit des Holocaust“ zu sehen.

Fall Amnesty: bekanntlich hat „Amnesty“ 2003 auch von „Apartheid“ gesprochen. Für den Apartheids-Vorwurf, der ja für BDS zentral ist, zitiert Kraushaar die Kontroverse zwischen Tom Segev und Omer Barrow, die beide von Marwecki zitiert und verwendet werden. Kraushaar: „Im Falle der Sied-

lerbewegung ... sind die Vorwürfe durchaus zutreffend“ (S. 107). Marwecki kritisiert den „Apartheids“-Vorwurf m.E. etwas oberflächlich, weil die Parallelen zu Südafrika logisch nicht stimmten.

Fall Judith Butler: die Jüdin hatte 2006 die Hamas als „soziale Bewegung“ bezeichnet und am 19. Oktober das Hamas-Massaker historisch eingeordnet und partiell relativiert. Die Aufregung erreichte sogar die NWZ: hier polemisierte Kollege Sommer gegen Butler-Getreue Kolleg*innen an der eigenen Uni, was einen empörten offenen Brief der Betroffenen zur Folge hatte. Kraushaar kann als Anti-Butler-Position die Butler-Kollegin Seyla Benhabib zitieren, eine sefardische (also jüdische) Türkin, die noch Erdoğan's Hamas-Politik mit einbezieht (S. 116-118).

Postkolonialismus: nach Kraushaar hat der Begriff „Postkolonialismus“ den früheren „Imperialismus“-Begriff abgelöst. Kraushaar bezeichnet die These von den „weißen Unterdrückern“ und den „indigenen Palästinensern“ als „blanke Ideologie“. Es gebe aber dennoch „Phänomene, die tatsächlich als kolonialistisch identifiziert werden können“: er zitiert Vladimir Jabotinsky, der vor 100 Jahren ganz explizit die zionistische „Landnahme“ mit der Vertreibung der Indianer in Amerika verglich. Auf diese Position bezieht sich Großvater, Vater und Sohn Netanyahu mehr oder weniger explizit. Itmar Ben-Gvir wird wörtlich zitiert...

From the River to the sea: Die Parole wird von Kraushaar als „Hamas-Parole“ eindeutig als antisemitisch eingestuft, die das Existenzrecht Israels in Frage stellt. Der Versuch, das Zeigen der Parole wegen Volksverhetzung unter Strafe zu stellen, ist inzwischen vor deutschen Gerichten gescheitert. Nachgewiesen wurde auch, dass die Parole älter als die Hamas ist und keine explizit „typische“ Hamas-Parole ist. Die israelische Sängerin Noa sagt am 10.10.2023 in einer Videobotschaft „I choose rights for everybody, from the river to the sea and everywhere“. Und im Parteiprogramm von Likud steht bereits 1977: „The right of the Jewish people to the land of Israel is eternal and indisputable... therefore, Judea and Samaria will not be handed to any foreign administration; between the Sea and the Jordan there will only be Israeli sovereignty“.

„Free Palestine from German Guilt“ - deutsche Erinnerungskultur

documenta15



Foto von mir auf der documenta 15. Ich muss zugeben, dass mich dieser Slogan stark beeindruckt hat.

Kraushaar interpretiert m.E. diesen Ausspruch falsch: „An geschichtsklitternder Obszönität nicht zu übertreffen: ... der dramatisch zugespitzte Nahostkonflikt nun im Rückbezug auch noch dazu missbraucht wird, die Verantwortung der deutschen Gesellschaft gegenüber der NS-Vergangenheit abzuwehren und so die **Erinnerungskultur** zu beschädigen“ (S. 156). Wer Marwecki gelesen hat, wird

diesen Spruch anders verstehen: Deutschland soll endlich aufhören zwecks Absolution Israel mit Waffen zu beliefern (und dadurch endlich einem Frieden im Nahen Osten den Weg bereiten).

Claudia Roth hat mit dem Anfang Februar 2024 veröffentlichten Entwurf eines „Rahmenplans Erinnerungskultur“ nach Ansicht der Gedenkstättenleiter*innen und des Zentralrats der Juden die deutsche Erinnerungskultur dadurch beschädigt, dass sie neben den Holocaust - der neben Juden auch alle anderen NS-Verfolgten mit einschloss - nun auch die deutsche Kolonialgeschichte, die Migrationserfahrungen von 25% der Deutschen und die SED-Diktatur gestellt hat. Hier entbrannte sofort wieder die Debatte um die „Einmaligkeit“ des Holocausts.

„Staatsräson“

An Merkels Rede gab es mehr oder weniger deutliche Kritik: von Helmut Schmidt, von Walter Steinmeier, von Joachim Gauck. Kraushaar zerlegt den Begriff Staatsräson. (Er meint, Merkel habe einfach die Zweistaatenlösung gemeint...)

Kraushaar (S. 167-169):

1. seit Machiavelli (ca. 1700 „Ragione die Stato“) bedeutet Staatsräson, dass der Staat ohne Rücksicht auf geltendes Recht und herrschende Moral die nötigen Machtmittel zur Selbsterhaltung ergreifen kann,
2. seit Friedrich Meinecke („Die Idee der Staatsräson“ 1924) heißt Staatsräson „durch Verletzung von Sitte und Recht“ u.a. Kriege zu rechtfertigen,
3. seit dem 9/11 wird Staatsräson bei der Bekämpfung des Terrorismus zur Legitimation völkerrechtswidriger Kriege verwendet,
4. bei Ronja von der Heydt („Wo liegen die Ursprünge des Begriffs Staatsräson“ 2018) impliziert eine Handlung aus Gründen der Staatsräson „einen Verstoß gegen die Werte des Staates“,
5. Staatsräson ist ein Rückfall in obrigkeitstaatliche Zeiten,
6. Staatsräson kann ein Staat nicht einem anderen „offerieren“.

Marwecki bringt die Staatsräson insofern auf den Punkt als er den Widerspruch erkennt zwischen „Staatsräson“-Handeln („Israelolidarität“) und den „Werten deutscher Außenpolitik“ -- siehe oben „Erinnerungskultur“ (S. 179).

Antisemitismus, Anti-Zionismus

Mit Meron Mendel konstatiert Kraushaar, dass der staatliche Anti-Antisemitismus (Philosemitismus) keinen echten Rückhalt in der deutschen Bevölkerung habe. (Siehe identische Meinung Marweckis.)

Kraushaar betont aber, dass 84% des Antisemitismus nach wie vor „rechts“ ist.

Dass für Araber/Muslime Antisemitismus zur „kulturellen Identität“ gehört, gibt er zu.

Den linken Antisemitismus sieht er weitgehend als „Anti-Zionismus“. Er lehnt den Begriff „israelbezogener Antisemitismus“ ab: in Israel lebten 1/3 Araber, meist Muslime... Problematisch ist der Linke Antisemitismus, der sich aus der Identitätsbewegung speist - dafür gibt er allerdings nur ein Beispiel aus dem „Hamburger Bahnhof“, wo eine Hanna-Arendt-Lesung wegen Störungen abgebrochen wurde. Jedoch S. 185: der Antisemitismus von Links ist demgegenüber nicht so exponiert wie der von rechts oder der von islamischer Seite.

Zum Anti-Zionismus zitiert Kraushaar zahlreiche Autor*innen, die schreiben, dass Antizionismus nur ein getarnter Antisemitismus sei. Immer wieder wird betont, dass Antisemitismus in der deutschen Gesellschaft „überall“ (rechts, Mitte, links) vorhanden sei.

Siehe jedoch oben Kraushaars Äußerungen zum „(Post-)Kolonialismus“, der im Zionismus enthalten ist - zumindest bei Netanyahu & Co.

Islamismus

Kraushaar vertitt die Meinung, die Trennung von Islam und Isamismus sei - spätestens seit dem 7. Oktober - eine „Lebenslüge der Nation“. Für ihn ist jeglicher „politische Islam“ abzulehnen. „Islamismus“ sei auch als Kunstwort abzulehnen, eher schon „Fundamentalismus“.

Staatsterrorismus

Nach Hanna Arendt ist „Terrorismus ein Kennzeichen von Diktaturen“. Kraushaar erklärt aber, dass auch in einer Demokratie wie Israel ein unkontrollierter Geheimdienst wie Mossad eine Art von Staatsterrorismus sei. (Mossad habe in 50 Jahren mindestens 3000 Menschen umgebracht.)

Fazit Kraushaar

- Die Staatsgründung Israels ist nicht allein aus dem Holocaust heraus erklärbar (sondern dem Zionismus).
- Die Gründung ging einher mit einem „Vertreibungsverbrechen“, das aber nicht mit der „Sho-a“ gleichzusetzen bzw. vergleichbar ist.
- In Gaza besteht aktuell die Gefahr einer zweiten Nakba („Vertreibungsverbrechens“). Deutschland sollte nicht wegen „Staatsräson“ hier mitmachen. Einfluss kann aber nur die USA ausüben, weder NATO noch UNO.
- Der Nahostkonflikt ist militärisch nicht lösbar. Lösen können ihn nur „säkulare Kräfte“. Solange religiöse Kräfte das Sagen haben, gibt es keine Lösung.
- Zweistaatenlösung ist vollkommen utopisch. Realistisch ist ein „binationaler“ Staat, für den es heute verschiedene Modelle gibt: Hanna Arendt, Omer Bartov, Omri Bochm --- und die israelische Bewegung „Two States/One Homeland“. SIEHE mein „Multikulti im Nahen Osten“!

Mein Fazit zu Kraushaar

Kraushaar ist „im Innersten seines Herzens“ mit Israel „moralisch“ verbunden, so z.B. findet er, dass die Olympiade 1972 hätte abgebrochen werden müssen, oder er kritisiert die „kühle“ Berichterstattung des ZDF am 7. Oktober, wo nach einem „extra“ *the show must go on* mit „Verstehen Sie Spaß?“ lief. Wenn er aber rational argumentiert, ist er sehr kritisch: Beispiel „Staatsräson“, „Mossad“, „Vertreibungsverbrechen“. Zu der deutschen Linken hat er das typische „ironische“ Verhältnis, steht aber letztendlich doch solidarisch hinter ihr. Sein Fazit für eine Einstaatenlösung ist erstaunlich realistisch.

Thema Antisemitismus

Marwecki und Kraushaar sind, wie beschrieben, der Meinung, dass es Deutschland „immer“ und „überall“ (rechts, Mitte, links) Antisemitismus gibt. Dass der staatlich verkündete „Philosemitismus“ in der Bevölkerung nicht verankert und Ausdruck - so Marwecki - das „Tauschhandels“ ist: „Staatsräson gegen Absolution“. Marwecki führt für den latenten Antisemitismus auch Äußerungen Adenauers und des Botschafter Pauls an, die von der „weltweiten Macht der Juden“ (Adenauer: „auch heute nicht“) sprechen, die man zu berücksichtigen habe. Marwecki (S. 32): „Scharfsinnigen Beobachterinnen fielen jedenfalls schon damals [1950er Jahre] die Verbindung zwischen Westorientierung, Rehabilitationsbestreben und der sich wandelnden Natur des Antisemitismus auf“. Zudem zitiert Marwecki (wie oben erwähnt) Eleonore Sterling und Adorno/Horkheimer, „die unterhalb obflächlicher Meinungsumfragen einen tiefsitzenden und fortlebenden psychosozialen Antisemitismus in der deutschen Gesellschaft ausmachten“.

Da nach RIAS (siehe unten)

- über 80% des Antisemitismus in „verletztem Verhalten“ besteht und spektakuläre Aktionen (Gewalt, Beschädigung etc.) unter 10% liegen, und da
- der „anti-israelische Antisemitismus“ nach Kraushaar problematisch einzuordnen ist und nach RIAS ebenfalls die einzige Form von Antisemitismus ist, die in 2023 gegenüber 2022 zugenommen hat (und zwar selbstredend nach dem 7. Oktober 2023), und da
- die Anzahl antisemitischer Vorfälle von der Definition von Antisemitismus abhängt, und da
- vor allem in Deutschland (Fall „documenta 15“ u.ä.) „Antisemitismus“ stets mit „Israel-Bojkott“ und BDS in Verbindung gebracht wird,

versuche ich mir ein realistisches Bild vom „alltäglichen Antisemitismus“ und vom Kampf um die Definition, was Antisemitismus ist, zu machen. Daher ziehe ich zwei Bücher heran, die mich stark beeindruckt haben, weil sie meine Meinung erschüttert haben, wonach das Reden über die „erschreckende Zunahme des Antisemitismus in Deutschland“ - zumindest seit 1995 - stets gekoppelt ist an das „Volksempfinden“ gegenüber Menschen- und Völkerrechtsverletzungen Israels.

Beweise für alltäglichen Antisemitismus in Deutschland

- Ben Salomo (2019): Ben Salomo bedeutet Sohn des Friedens. Zürich: Europaverlag.
- Levi Israel Ufferfilge (2021): Nicht ohne meine Kippa! Mein Alltag in Deutschland zwischen Klischees und Antisemitismus. Stuttgart: Klett-Cotta.

Beide Bücher zeigen „alltäglichen Antisemitismus“ in zahllosen, sehr beeindruckenden Varianten. Für mich teilweise doch sehr überraschend. „Blutigen Antisemitismus“ gibt es in diesen Biografien nicht. Zugleich aber geht der Antisemitismus immer einher mit einer gezielten Selbstinszenierung. „Nicht ohne meine Kippa“ ist hier Programm. Wenn die Polizei, sobald ein antisemitischer Vorfall zur Anzeige kommt, sagt, der Jude habe durch sein Auftreten oder Handeln ja „proviziert“, dann ist das Gegenargument: 1. die Polizei ist antisemitisch und 2. „warum sollte ich das nicht tun dürfen?“

Ben Salomo wächst in der Berliner Straßenkultur überwiegend mit Jugendlichen mit Migrationshintergrund, viele arabischer oder türkischer Herkunft, auf. Er kommt aber in der Regel mit dieser Umgebung als Taugenichts und Kleinkrimineller ganz gut zu recht. In seiner Gang ist er anerkannt. Er ist

in Israel geboren und antwortet auf eine in der Szene wohl sehr gängige Frage „woher kommst du?“ stets mit „Israel“. Wie viele Türken kennt er Israel vom Urlaub bei Verwandten und als unbeschwertes, sonniges Leben - frei von den sozialen Zwängen der Berliner Straße. Schließlich wird er Rapper und organisiert die in Berlin anerkannte und erfolgreiche Disko „Rap am Mittwoch“. Beim „Dissen“ sind Anmachen und dabei Antisemitismus vollkommen „normal“. Irgendwann jedoch stört das aber Ben Salomo und er schmeißt alles hin und wird „Antisemitismus“-Vortragender in Schulen, u.a. am 5. Juni 2024 im Herbartgymnasium Oldenburg. Und er schreibt ein Buch.

Ufferfilge entdeckt erst im Laufe seiner Schulzeit an einem „normalen“ Gymnasium seine Jüdischkeit. Er trägt dann konsequent Kippa. Im Buch schildert er alltägliche „Anmache“, zugleich wird er schon als Schüler mit Vorträgen zum Thema „Was ist ein Jude?“ anerkannt und kann in Schulen Geld verdienen (LinkIn-Berufsangaben: „Vortragsreferent für jüdische Themen“ seit 4/2006. 2021-2024 Rabbinerstudium und Master „Jüdische Studien“ an der Uni Potsdam. Seit 1/2021 „Rabbinatsvertretung“ in Oldenburg (Gelegenheitsdienste). 7/2020 bis 9/2021 „Schulleiter“ der „Jewish International School“ (Grundschule) in Berlin.) - In Oldenburg bin ich Ufferfilge am 25.4.2024 im „cine k“ begegnet, als er den Film „Menashe“ (2017, Regie: Joshua Z. Weinstein) als den besten jüdischen Film, den er kennt, charakterisierte. Im Film wird durchgehend Jiddisch gesprochen.

Antisemitismus-Definitionen

Der Streit um die Antisemitismus-Definition in Deutschland dreht sich weitgehend um die Frage nach der Legitimität der BDS-Bewegung. So war der „Startschuss“ der „documenta 15“-Debatte ein BDS-Verdacht, der sich zwar nicht erhärten ließ, jedoch die Diskussion so ins Rollen brachte, dass sie auf die bekannte Weise eskalierte. Ein anderes Beispiel ist, dass ein bereits gedruckter Beitrag eines Oldenburger Lehrers, der den BDS unterstützt, im „PädOL“-Blättchen der GEW zurück gezogen wurde und nicht publiziert worden ist, weil das Vorhaben via NWZ von einschlägigen Wächter*innen publik gemacht worden ist, was dann zum Rücktritt des Herausgebers und zu einer (erfolglosen) staatlichen Anhörung des betroffenen Lehrers geführt hat. Ein drittes Beispiel zeigt, dass die Unterschriftenliste von BDS-Aktivitäten international gesammelt und ausgewertet werden. Am 29. Juni 2022 sollte die New Yorker Philosophin Linda Martín Alcoff drei Vorträge im Rahmen der »Adorno-Vorlesungen« an der Uni Frankfurt halten. Die Vereinigung Jüdischer Studierender Hessens wusste, dass die Referentin 2021 in London einen BDS-nahen Aufruf unterzeichnet hatte. Die Frankfurter Uni-Leitung musste sich öffentlich rechtfertigen, der Vortrag fand, nachdem die Presse-Aufregung („Israelhass im Namen Adornos“) abgeklungen war, in aller Ruhe und ohne irgendeine Erwähnung Israels statt, er handelte von „Race, Culture, History“.

Zur Diskussion stehen zwei nicht voll kompatible Definitionen von Antisemitismus. Die eine stammt von der International Holocaust Remembrance Alliance die 1998 in Stockholm mit dem Ziel gegründet wurde, die Aufklärung, Erforschung und Erinnerung des Holocaust weltweit zu fördern. Ihr gehören formell 35 Staaten an, die dann einschlägig bewandete Delegierte entsenden. Die andere stammt von 100 israelischen Wissenschaftlern, die die Definition der IHRA „präzisieren“, faktisch jedoch korrigieren wollten. Beide Definitionen sind zunächst recht allgemein und werden dann jedoch durch einen Katalog von Beispielen präzisiert.

IHRA (International Holocaust Remembrance Association):

Unter den Beispielen befindet sich

- Das Aberkennen des Rechts des jüdischen Volkes auf Selbstbestimmung, z.B. durch die Behauptung, die Existenz des Staates Israel sei ein rassistisches Unterfangen.
- Die Anwendung doppelter Standards, indem man von Israel ein Verhalten fordert, das von keinem anderen demokratischen Staat erwartet oder gefordert wird.
- Das kollektive Verantwortlichmachen von Jüdinnen und Juden für Handlungen des Staates Israel.

Jerusalem Declaration of Antisemitism (JDA):

1. Es ist rassistisch, zu essentialisieren (eine Charaktereigenschaft als angeboren zu behandeln) oder pauschale negative Verallgemeinerungen über eine bestimmte Bevölkerung zu machen. Was für Rassismus im Allgemeinen gilt, gilt im Besonderen auch für Antisemitismus.

Beispiele, die nicht per se antisemitisch sind (unabhängig davon, ob man die Ansicht oder Handlung gutheißt oder nicht):

13. Faktenbasierte Kritik an Israel als Staat. Dazu gehören seine Institutionen und Gründungsprinzipien, seine Politik und Praktiken im In- und Ausland, wie beispielsweise das Verhalten Israels im Westjordanland und im Gazastreifen, die Rolle, die Israel in der Region spielt, und jede andere Art und Weise, in der es als Staat Vorgänge in der Welt beeinflusst. Es ist nicht per se antisemitisch, auf systematische rassistische Diskriminierung hinzuweisen. Im Allgemeinen gelten im Falle Israels und Palästinas dieselben Diskussionsnormen, die auch für andere Staaten und andere Konflikte um nationale Selbstbestimmung gelten. Daher ist der, wenngleich umstrittene, Vergleich Israels mit historischen Beispielen einschließlich Siedlerkolonialismus oder Apartheid nicht per se antisemitisch.

14. Boykott, Desinvestition und Sanktionen sind gängige, gewaltfreie Formen des politischen Protests gegen Staaten. Im Falle Israels sind sie nicht per se antisemitisch.

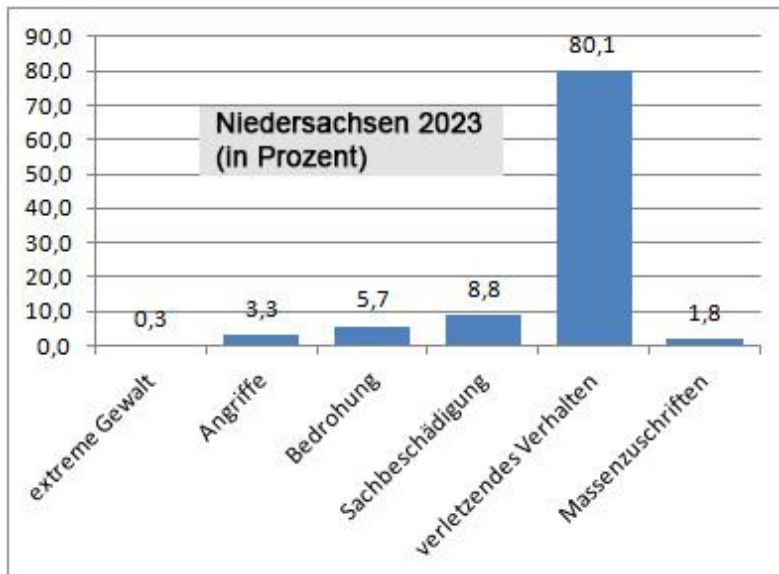
15. Politische Äußerungen müssen nicht maßvoll, verhältnismäßig, gemäßigt oder vernünftig sein, um nach Artikel 19 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte oder Artikel 10 der Europäischen Menschenrechtskonvention und anderen Menschenrechtsabkommen geschützt zu sein. Kritik, die von manchen als übertrieben oder umstritten oder als Ausdruck „doppelter Standards“ betrachtet wird, ist nicht per se antisemitisch. Im Allgemeinen ist die Trennlinie zwischen antisemitischen und nicht antisemitischen Äußerungen eine andere als die Trennlinie zwischen unvernünftigen und vernünftigen Äußerungen.

Bekannt ist, dass der Bundestag bei seiner BDS-Debatte 2019 die IHRA-Definition zu eigen gemacht hat und die Bundesregierung seither entsprechend handelt. Ein Beispiel ist auch der Jahresbericht 2023 „Antisemitische Vorfälle in Niedersachsen“ der Recherche und Informationsstelle Antisemitismus Niedersachsen (RIAS), die im Vorwort explizit auf IHRA verweist.

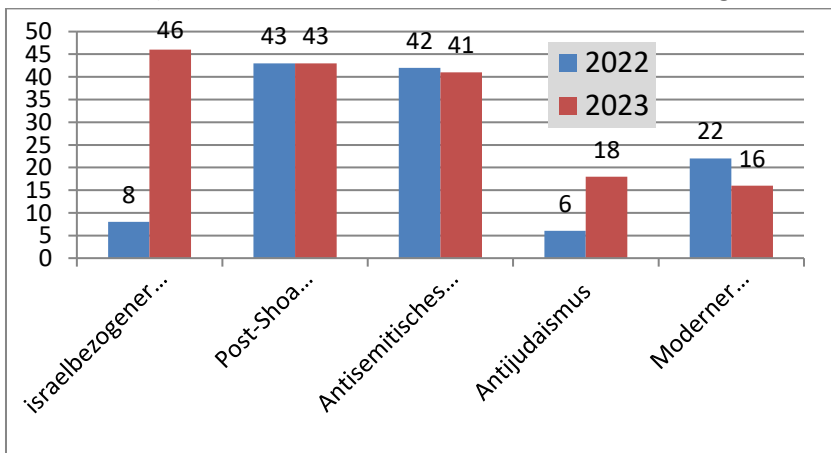
Über die konkreten Ausprägungen des aktuellen deutschen Antisemitismus gibt dieser Jahresbericht Auskunft. Er wurde in der Presse durchgehend unter der Überschrift „Antisemitische Vorfälle nehmen erschreckend zu“ zitiert.

Recherche und Informationsstelle Antisemitismus Niedersachsen (RIAS): Jahresbericht 2023 „Antisemitische Vorfälle in Niedersachsen“. Amadeo Antonio Stiftung 2024.

Arten von antisemitische Angriffen:



Formen antisemitischer Artikulation 2023: **israelbezogene Antisemitismus** mit 46 %, **Post-Schoa-Antisemitismus** mit 43 %. Im **antisemitischen Othering (41%)** werden Jüdinnen und Juden als fremd oder nicht dazugehörig beschrieben. **Antijudaistischen Antisemitismus** (wie etwa das Narrativ des Kindermords). **Moderner Antisemitismus** im Zusammenhang mit Verschwörungsideologien.



Zunahme vor allem im „antiisraelischen Antisemitismus“. Der folgt der Definition von Natan Shalansky: Trias aus Dämonisierung, Delegitimierung und doppelten Standards.

FAZIT: Der Zusammenhang von Antisemitismus und Israelpolitik ist evident. Dies besagen auf einer oberflächlichen Ebene in quantitativer Hinsicht die Statistiken - dies besagt aber auch in eher qualitativer Hinsicht das Buch von Marwecki.